

Besser als ihr Ruf

Niedriglöhne. Der Niedriglohnsektor in Deutschland wächst. Doch das bedeutet nicht, dass deswegen die sozialen Probleme zunehmen. Im Gegenteil: Die Alternative zu einer geringbezahlten Stelle ist oftmals nur die Arbeitslosigkeit – und dort droht ein viel größeres Armutsrisiko. 

Rund 22 Prozent der Beschäftigten arbeiteten 2010 für weniger als 9 Euro brutto die Stunde – diese Niedriglohnschwelle entspricht zwei Dritteln des mittleren Lohns in Deutschland.

Auf den größten Anteil an Niedriglöhnern kommen das Gastgewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft, wo 60 beziehungsweise 37 Prozent der Beschäftigten wenig verdienen. Die meisten – nahezu die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten – arbeiten zudem in kleinen Betrie-

ben mit weniger als 20 Mitarbeitern. Zwar ist der Anteil der Niedriglöhner an allen Arbeitnehmern seit dem Jahr 2007 leicht rückläufig. Doch in den zehn Jahren davor haben die Jobs mit der kleinen Bezahlung einen Höhenflug hingelegt: 1997 arbeiteten erst 17 Prozent der Beschäftigten zu Niedriglöhnen.

Aus der Zunahme der geringentlohnten Tätigkeiten schließen viele, dass gleichzeitig auch die sozialen Probleme der Arbeitnehmer gewachsen seien – und begründen damit die

Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Dabei war und ist ein Niedriglohnjob für viele Menschen die einzige Chance, überhaupt wieder eine Arbeit zu finden.

In den Boom-Zeiten des Niedriglohnsektors, also zwischen 1997 →

Armutsgefährdung

Die Begriffe Armut und Armutsgefährdung werden häufig synonym verwendet. Eine Person gilt als armutsgefährdet, wenn ihr gewichtetes Haushaltseinkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Dabei wird das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts mit einem Gewichtungsschema auf die einzelnen Haushaltsmitglieder umgerechnet. Dieser Armutsbegriff ist allerdings nur eine Kennzahl, wie das Einkommen verteilt ist – er deutet nicht zwingend auf eine existenzielle Notlage hin.

Armut trifft häufig Arbeitslose

Armutsquoten
in Prozent



Stand: 2010; Sonstige Erwerbstätige: Auszubildende, Selbstständige und weitere Erwerbstätige ohne Information zum Stundenlohn; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 8

Inhalt

Beschäftigung und Konsum. Die deutschen Einkommen und Konsumausgaben blieben auch während der Krise stabil. Seite 3

Immobilienmarkt. Trotz steigender Preise gibt es keine Blase am deutschen Immobilienmarkt. Seite 4

Flexible Arbeitszeitmodelle. Künftig könnten Arbeitnehmer über die Hälfte ihrer Arbeitszeit daheim verbringen. Seite 5

Mittelstand. Der industrielle Mittelstand in Deutschland hat gegenüber der ausländischen Konkurrenz oft die Nase vorn. Seite 6

Bildung. Viele ausländische Jugendliche, die in Deutschland Abitur gemacht haben, wollen studieren. Seite 7

Südkorea. Der Tigerstaat verbucht gute Wachstumsraten und glänzt mit soliden Staatsfinanzen. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ und 2007, ging der Anteil der inaktiven oder arbeitslosen Bevölkerung im Erwerbsalter mindestens in dem Maße zurück, wie die Zahl der Geringverdiener stieg.

Der Niedriglohnsektor ist daher nicht auf Kosten normal bezahlter Arbeitsplätze gewachsen – der Anteil der Beschäftigten mit höheren Löhnen blieb konstant.

Auch die Behauptung, ein wachsender Niedriglohnsektor sei ein Indiz für zunehmende soziale Probleme der Beschäftigten, stimmt nicht. Denn nicht alle, die für ihre Arbeit nur ein kleines Salär beziehen, müssen damit auch auskommen. Oft fließt noch aus anderen Quellen Geld in die Haushaltskasse, meist handelt es sich dabei um das Einkommen des Partners. Wenn es gar nicht anders geht, hieven auch ergänzende Transferleistungen wie Hartz IV oder Wohngeld das Haushaltseinkommen über die Armutsgrenze.

Oft reicht bereits ein kleiner Nebenverdienst, um die Armutsschwelle zu überwinden. So erhält ein Alleinstehender je nach Wohnkosten rund 740 Euro Arbeitslosengeld II. Da seine Armutsgrenze bei rund 880 Euro liegt, würde ihm schon ein

Minijob genügen, um sie zu überschreiten – selbst bei einem Stundenlohn von nur 7 Euro ist dieses Ziel schon nach zehn Stunden Arbeit in der Woche erreicht. Unterm Strich sind die wenigsten Geringverdiener arm – nur rund jeder Sechste ist von Armut bedroht (Grafik Seite 1):

Das größte Armutrisiko tragen Arbeitslose: Rund 56 Prozent laufen Gefahr, in Armut zu leben.

Auch Schüler und Studenten sowie Nichterwerbstätige zählen überdurchschnittlich häufig zu den armutsgefährdeten Personen. Dass Arbeitnehmer, die eine Beschäftigung im Niedriglohnsektor beginnen, sich sozial eher verbessern als verschlechtern, zeigt ein Vorher-Nachher-Vergleich (Grafik):

Knapp 59 Prozent der ehemals armutsgefährdeten Personen schaffen es durch einen Niedriglohnjob, aus ihrer Lage herauszukommen.

Und auch andersherum gilt: Die meisten Menschen, die vor ihrem Eintritt in den Niedriglohnsektor nicht arm waren, werden das auch später mit dem Job nicht. Über den gesamten Zeitraum von 1994 bis 2010 hinweg gerechnet hatten lediglich gut 6 Prozent der zuvor nicht

armen Personen nach ihrer Arbeitsaufnahme mit Armutsproblemen zu kämpfen. In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das:

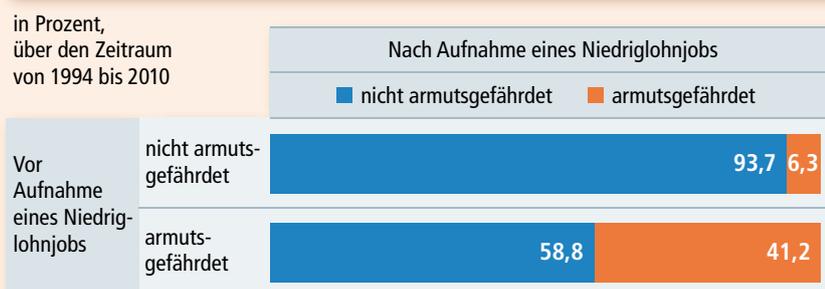
Von 1994 bis 2010 wurden in gut 2,1 Millionen Fällen zuvor nicht arme Arbeitnehmer mit der Aufnahme einer Niedriglohnbeschäftigung arm, aber umgekehrt konnten in rund 4,2 Millionen Fällen Arme den Sprung über die Armutsschwelle schaffen.

Allerdings steht und fällt das Armutrisiko nicht nur mit einem Job, sondern auch mit der privaten Situation. So kann es steigen, wenn Familienzuwachs ansteht oder der Partner wegen einer Trennung auszieht. Nichtsdestotrotz gilt: Ob man im Anschluss an einen Niedriglohnjob immer noch armutsgefährdet ist, hängt stark vom weiteren beruflichen Weg ab: Von 1994 bis 2010 gelang es rund 1 Million Menschen, mit einem Wechsel in eine normal entlohnte Beschäftigung über die Armutsschwelle zu springen. Umgekehrt gab es nur knapp halb so viele Beschäftigte, die trotz eines Normalverdiener-Jobs plötzlich mit einem Armutrisiko konfrontiert waren.

Anders sieht es für Niedriglöhner aus, die nach ihrer Tätigkeit arbeitslos wurden: Zwischen 1994 und 2010 rutschten 1,6 Millionen Geringverdiener durch den Verlust ihres Jobs in die Armut – während sie gearbeitet hatten, plagten sie diese Sorgen nicht.

Armutrisiko: Selbst mit kleinem Lohn niedriger

Lesebeispiel: Von den zuvor armutsgefährdeten Personen im erwerbsfähigen Alter galten 58,8 Prozent als nicht mehr armutsgefährdet, nachdem sie einen Niedriglohnjob aufgenommen hatten.



Niedriglohnjobs: Arbeitsverhältnisse mit einem Stundenlohn, der bei zwei Dritteln des mittleren Lohns liegt, was zuletzt 9 Euro entsprochen hat; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



**IW-Analysen
Nr. 77**

Holger Schäfer, Jörg Schmidt: Der Niedriglohnsektor in Deutschland – Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe, Köln 2012, 62 Seiten, 18,90 Euro, versandkostenfreie Bestellung unter:

www.iwmedien.de/bookshop

Deutlicher Aufwärtstrend

Beschäftigung und Konsum. In der Finanz- und Wirtschaftskrise blieben die Einkommen und Konsumausgaben in Deutschland weitgehend stabil und legten bis 2011 merklich zu.

In den aktuellen Tarifverhandlungen pochen die Gewerkschaften auf kräftige Lohnzuwächse – oft mit der Begründung, die Arbeitnehmer hätten in den vergangenen Krisen-jahren zurückstecken müssen. Doch einen wirklichen Nachholbedarf gibt es nicht. Denn de facto haben die Arbeitnehmer unter der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum gelitten. Im Einzelnen (Grafik):

- **Konjunktur.** Etwa ab Sommer 2008 rutschte die deutsche Wirtschaft im Gefolge schwerer Turbulenzen auf den internationalen Finanz- und Immobilienmärkten in eine tiefe Rezession:

Vom Herbst 2008 bis zum Herbst 2009 schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent.

Die preisbereinigten Exporte brachen im selben Zeitraum um fast 14 Prozent ein, die realen Ausrustungsinvestitionen sogar um mehr als 24 Prozent. Trotz des Aufschwungs in den vergangenen beiden Jahren haben die Ausgaben für neue Maschinen und Anlagen bis zuletzt noch nicht wieder das Niveau erreicht, dass sie vor der Krise hatten.

- **Beschäftigung und Konsum.** Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich von der Rezession weitgehend unbeeindruckt. Weil die Unternehmen auf Kurzarbeit setzten und Guthaben auf Arbeitszeitkonten abgebaut wurden, lag die Zahl der Arbeitnehmer im dritten Quartal 2009 nur um

28.000 oder 0,2 Prozent unter dem Wert des Vorjahresquartals. Anschließend kam der Beschäftigungsmotor schnell auf Touren:

Gemessen am dritten Quartal 2008 ist die Zahl der Arbeitnehmer bis zum Herbst 2011 mit 1,9 Prozent schneller gestiegen als die gesamtwirtschaftliche Produktion.

Aufgrund der stabilen Beschäftigung sank auch die Lohnsumme in der Krise kaum und zog danach wieder kräftig an. Bis zum dritten Quartal 2011 stiegen die nominalen Arbeitnehmerentgelte um fast 7 Prozent, preisbereinigt gab es immerhin ein Plus von 3 Prozent.

Diese Entwicklung spiegelt sich in den nominalen verfügbaren Einkommen wider, die zwar 2009 um gut 1 Prozent zurückgingen, im Herbst des vergangenen Jahres aber um nahezu 5 Prozent über dem 2008er Niveau lagen. Rechnet man die Teuerung heraus, blieb den privaten Haushalten noch immer ein Plus von 1,2 Prozent.

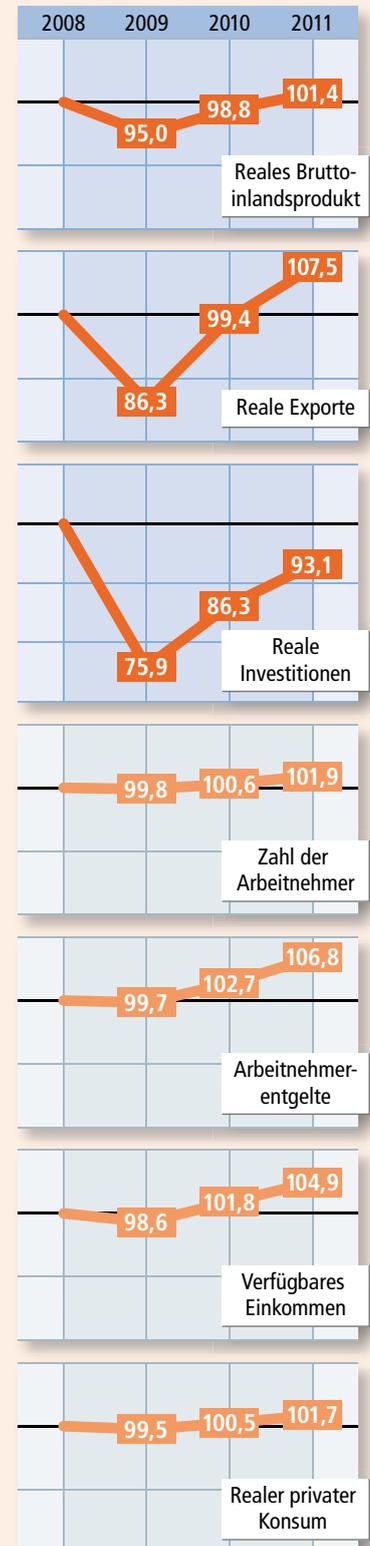
Daher mussten die Bundesbürger im Schnitt selbst in der Krise ihre Einkaufsbudgets kaum kürzen:

Der reale private Konsum verzeichnete im dritten Quartal 2009 gegenüber demselben Vorjahreszeitraum nur ein Minus von 0,5 Prozent und stieg zuletzt um fast 2 Prozent über den Vorkrisenwert.

Nominal lagen die privaten Konsumausgaben im Herbst 2011 sogar um fast 7 Prozent über dem Niveau vom Herbst 2008. Dass der preisbereinigte Zuwachs weniger üppig ausfiel, lag in erster Linie an den überdurchschnittlich gestiegenen Energiekosten.

Konjunktur: Beschäftigung und Konsum trotzten der Krise

Jeweils 3. Quartal,
3. Quartal 2008 (Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise) = 100



Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Was nicht ist, kann auch nicht platzen

Immobilienmarkt. Seit die Banken- und Finanzkrise Europa erfasst hat, investieren Anleger in Deutschland ihr Geld verstärkt in Wohnimmobilien. Das treibt die Preise derart in die Höhe, dass einige Medien bereits von einer Überhitzung des Marktes sprechen. Eine Blase gibt es allerdings nicht, wie aktuelle Zahlen belegen.

Immobilien waren die Wurzel allen Übels: In den USA brachen die Hauspreise 2008 nach jahrelangen Zuwächsen plötzlich ein, es kam zu Kreditausfällen und Bankenpleiten. Auch Deutschlands Geldinstitute waren betroffen, weil sie allzu sorglos auf ausländische verbriefte Kreditforderungen gesetzt hatten.

Dass der hiesige Immobilienmarkt dennoch stabil blieb, lag im Wesentlichen an der vorsichtigen

Kreditvergabe der Immobilienfinanzierer: Hierzulande müssen Häuslebauer und -käufer grundsätzlich eine gute Portion Eigenkapital in die Finanzierung einbringen. Außerdem geben Festzinsen den Haushalten für viele Jahre Planungssicherheit.

Tatsächlich stieg die Nachfrage nach Immobilien in Deutschland in den vergangenen Jahren vor allem in den Großstädten spürbar an – Experten rieten dazu, angesichts der unsicheren Lage an den Finanzmärkten in Immobilien mit einer hohen Standortqualität zu investieren. Die höhere Nachfrage schlägt sich auch in den aktuellen Kaufpreisen nieder, wie der Preisindex für Eigentumswohnungen des Verbands deutscher Pfandbriefbanken belegt:

Zwischen dem 3. Quartal 2010 und dem 3. Quartal 2011 stiegen die Prei-

se für Eigentumswohnungen um gut 5 Prozent.

In den Metropolen München und Hamburg sind die Kaufpreise der Angebote bei Immobilienscout 24 schon länger im Steigflug: Von März 2007 bis November 2011 erhöhten sie sich um fast 17 beziehungsweise rund 23 Prozent.

Diese Zahlen sind allerdings kein Beleg dafür, dass in Deutschland eine Immobilienblase entsteht. Denn zu rapiden Preiskorrekturen könnte es nur kommen, wenn die Marktteilnehmer Wohnungen und Häuser allein aus dem Grund kauften, um sie möglichst bald zu einem höheren Preis wieder abzustoßen. Doch für Käufer in Deutschland sind Immobilien noch immer vor allem eine langfristig sichere, noch dazu inflationsgeschützte Anlageform.

Auch der sogenannte Bubble-Indikator des Internetportals Immobilienscout 24 bestätigt, dass die typischen Charakteristiken einer Immobilienblase fehlen. Der Indikator setzt Kaufpreise und Mieten in Verbindung. Wann immer die Kaufpreise wesentlich stärker steigen als die Mieten, ist das ein Hinweis auf eine entstehende Überhitzung.

Für die fünf größten Städte in Deutschland sind jedoch keine deutlich überhöhten Kaufpreise zu erkennen (Grafik). Die höchsten Werte erzielt aktuell Hamburg, wo der Unterschied zwischen Kauf- und Mietpreisindex bei 5,5 Punkten liegt. Diese Differenz ist allerdings kaum der Rede wert – in den USA betrug sie zwischen 2000 und 2006 rund 33 Prozent, im Vereinigten Königreich sogar 57.

Immobilienpreise: Keine Blase in Sicht

Das Internetportal Immobilienscout 24 hat den sogenannten Bubble-Indikator entwickelt. Er zeigt auf, um wie viele Indexpunkte die Kaufpreise für Wohnimmobilien im Vergleich zum März 2007 höher oder niedriger als die Mietpreise in der jeweiligen Stadt lagen. Bei einem deutlich zweistelligen positiven Wert weist der Indikator auf eine Preisblase hin. Davon ist Deutschland allerdings weit entfernt.



Jeweils Monatsanfang; 2011: bis November; Quelle: Immobilienscout 24

Egal wo, egal wann

Flexible Arbeitszeitmodelle. Telearbeit und flexible Arbeitszeiten sind heute schon in vielen Betrieben Alltag. Und die Flexibilität wird zunehmen: Im Jahr 2030 könnten Arbeitnehmer bereits mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu Hause verbringen.

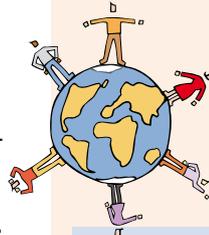
Während der Chef aus dem Home-Office eine E-Mail ins Büro schickt, planen dort in der Kaffeeküche drei Kollegen den nächsten „Tag der offenen Tür“. Andere Angestellte wiederum sind – ausgerüstet mit Smartphone und Laptop – auf dem Weg zu Kunden.

Was die „Anywhere Working Week“ ab dem 27. Februar in Großbritannien propagiert, ist am neuen Siemens-Standort in Düsseldorf längst Arbeitsalltag: Alle Beschäftigten wählen ihren Arbeitsort frei aus – das heißt, am Firmenstandort teilen sich die Mitarbeiter die Büros, ansonsten arbeiten sie von Zuhause aus oder von unterwegs. Denn dank Handy, Blackberry und PC ist es meist egal, wo jemand seinen Job erledigt. Und es geht noch besser:

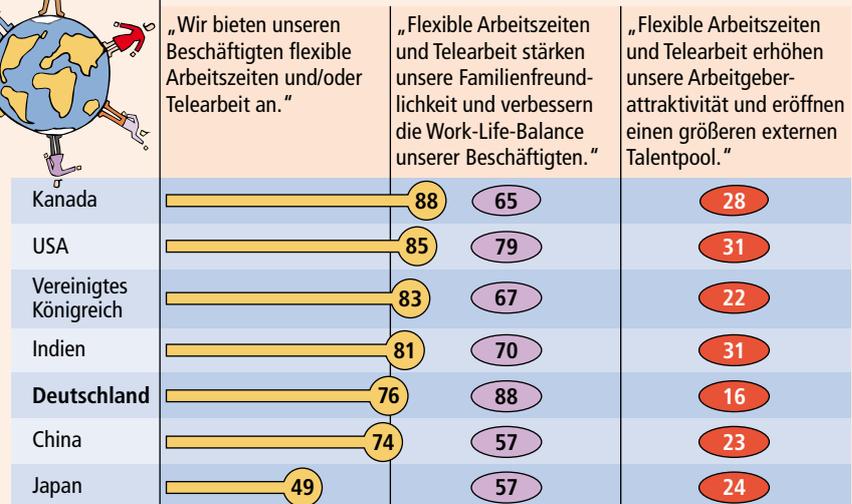
Mitarbeiter, die ihren Arbeitsort frei wählen können, sind nicht nur produktiver, zufriedener und gesünder, sondern sparen darüber hinaus auch noch Zeit und Kosten und senken den CO₂-Ausstoß.

In Deutschland spielen allerdings andere Motive eine wichtige Rolle für flexible Arbeitszeiten, wie eine Studie des Bürodienstleisters Regus ergab, der 17.000 Unternehmen in 80 Ländern nach ihren Erwartungen und Erfahrungen mit Telearbeit und variablen Arbeitszeitmodellen befragt hat (Grafik):

Flexible Arbeitszeitmodelle: Weltweit verbreitet



So viel Prozent der Unternehmen stimmen diesen Aussagen zu



Länderauswahl; Befragung von 17.000 Unternehmen in 80 Ländern im Februar 2011
Quelle: Regus Management GmbH

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 8

Fast 90 Prozent der deutschen Unternehmen finden, dass flexible Arbeitszeitmodelle der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen.

Aspekte wie die Attraktivität als Arbeitgeber sind deutschen Betrieben hingegen nicht so wichtig – jedenfalls im internationalen Vergleich. In den USA und Kanada glauben mit etwa 30 Prozent immerhin doppelt so viele Unternehmen wie in Deutschland, sie könnten sich mithilfe flexibler Jobmodalitäten einen größeren externen Talentpool eröffnen.

Obwohl weltweit fast alle Betriebe die Vorteile von mobilen Arbeitsplätzen anerkennen, ist die Akzeptanz dafür noch recht unterschiedlich ausgeprägt.

Vor allem in asiatischen Ländern werden flexible Arbeitszeitmodelle noch ziemlich zurückhaltend gehandhabt.

Zwei Drittel der chinesischen Unternehmen sind zum Beispiel der Meinung, flexibles Arbeiten sollte nur Mitarbeitern mit entsprechend langer Betriebszugehörigkeit ermöglicht werden. In den USA und in

Europa überwiegt dagegen die Vorstellung, dass jeder Beschäftigte – unabhängig vom Alter oder der Dauer der Beschäftigung – von den modernen Arbeitsbedingungen profitieren sollte.

So oder so – die Zukunft der Arbeit wird immer flexibler. Die Arbeitsexpertin Marie Puybaraud von Johnson Controls in London hat dazu eine Vision: „Wir werden im Jahr 2030 mehr als die Hälfte unserer Arbeitszeit zu Hause verbringen, allerdings virtuell immer mit unserer Arbeitswelt verbunden bleiben. Das Büro wird zu einer Art Knotenpunkt, an dem sich Mitarbeiter treffen, austauschen und planen.“

Das hat auch Folgen für die Vorgesetzten: Sie müssen lernen, Menschen zu führen, die sie monatelang nicht sehen.



Vertrauensarbeitszeit oder sogar Arbeitszeitfreiheit ist in vielen Unternehmen heute schon verbreitet.

Das zeigen auch die Ergebnisse des IW-Projekts VITNESS. Weitere Informationen:

www.vitness.info

Selbstbewusst in die Zukunft

Mittelstand. Der industrielle Mittelstand in Deutschland hat nach eigenen Angaben gegenüber der ausländischen Konkurrenz meist die Nase vorn. Zu diesem Ergebnis kommt das BDI-Mittelstandspanel, eine Befragung von über 1.000 Industrieunternehmen.

Deutschen Industrieunternehmen wird derzeit von verschiedenen Seiten vorgehalten, sie produzierten zu billig und hätten daher maßgeblich zu den wirtschaftlichen Ungleichgewichten im Euroraum beigetragen. Das sehen die deutschen Exporteure naturgemäß anders. Tatsächlich verbuchen die ausländischen Wettbewerber auf jeden Fall zumindest einen Pluspunkt: das Preis-Leistungs-Verhältnis – und das spielt bei einer Kaufentscheidung eine besonders wichtige Rolle (Grafik):

- Fast 60 Prozent der deutschen Firmen, die internationale Konkurrenten haben, schätzen ihre ausländischen Mitbewerber beim Preis-

Leistungs-Verhältnis besser ein als sich selbst.

- Jedes vierte Unternehmen sieht sich zumindest gleich gut aufgestellt.
- Nur 15 Prozent meinen, die internationale Konkurrenz könne ihre Preise nicht unterbieten.

Warum aber werden Produkte made in Germany trotzdem gekauft, auch wenn sie nicht gerade billig sind? Auch darauf haben die Mittelständler eine Antwort. Sie verweisen auf jene Stärken, die nichts mit dem Preis zu tun haben:

- Den meisten deutschen Unternehmen gelingt es, sich auf den ausländischen Märkten gut zu positionieren, also ihr Sortiment auf den Kundengeschmack auszurichten – nur ein gutes Fünftel der deutschen Industriefirmen sieht hier eigene Schwächen.
- In Sachen Innovationen meint nur gut jedes zehnte Unternehmen, dass ihm die ausländische Konkurrenz das Wasser reichen könne.

- Praktisch allen hiesigen Unternehmen gelingt es, die Kunden durch die Qualität der Produkte und der angebotenen Zusatzleistungen von sich zu überzeugen – und so den höheren Preis zu rechtfertigen.

Das BDI-Mittelstandspanel hat die Unternehmen aber nicht nur nach ihren Stärken und Schwächen befragt, sondern auch nach ihren Wünschen an die Politik:

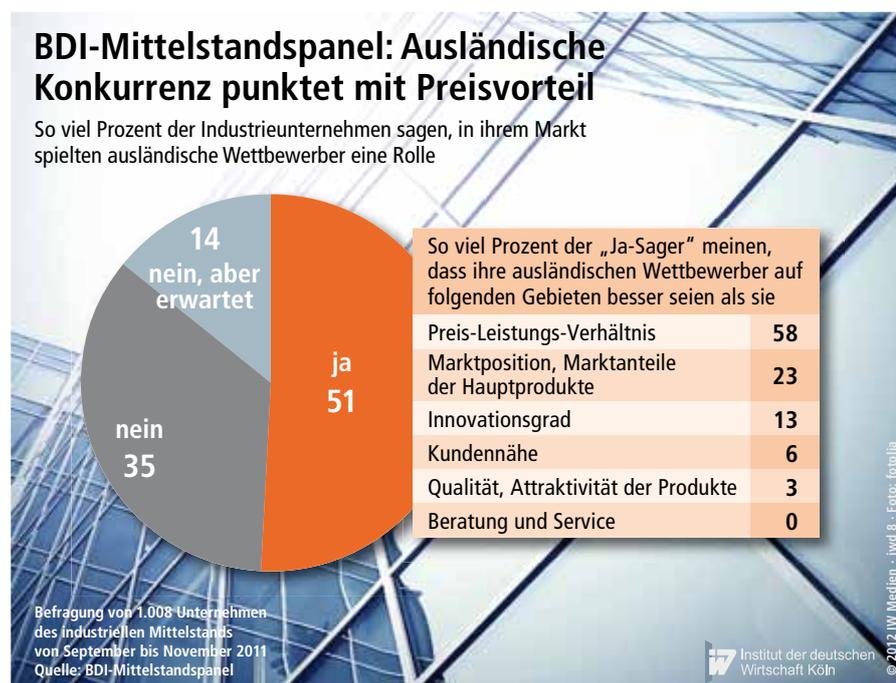
Für 86 Prozent der deutschen Mittelständler hat die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität.

Des Weiteren fordern zwei Drittel der Firmen die Bundesregierung auf, eine Lösung für die Schuldenkrise zu finden, um den Euro zu retten. Fast alle Betriebe, die vom Exportgeschäft leben, befürchten für den Fall, dass die Eurozone auseinanderbricht, negative Folgen für ihr Unternehmen.

Dass angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung nur wenig Raum für Steuersenkungen bleibt, räumen die Unternehmen ein. Gleichwohl liebäugelt jede zweite Firma damit, dass zumindest systematische Probleme wie die kalte Progression beseitigt werden.

Zwei Drittel der befragten Unternehmen sprechen sich – nicht zuletzt aufgrund der guten Kassenlage – für eine Senkung der Sozialabgaben aus.

Statt etwa den Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung ab 2013 zu erhöhen oder über zusätzliche Belastungen der Rentenkassen nachzudenken, solle die Politik die sozialen Sicherungssysteme mittel- bis langfristig demografiefest machen. So dürfe zum Beispiel nicht an der Rente mit 67 gerüttelt werden.



Zu viele scheitern

Bildung. Die meisten ausländischen Jugendlichen, die in Deutschland Abitur gemacht haben, wollen studieren. Doch nur wenige ziehen ihr Studium bis zum Ende durch.

Etwa 3 Prozent aller Studenten an deutschen Fachhochschulen und Universitäten waren im Jahr 2010 sogenannte Bildungsinländer. Dazu zählen jene Personen, die zwar in Deutschland leben, hier zur Schule gegangen sind und einen Abschluss, aber keinen deutschen Pass haben.

Die Mehrzahl dieser Studenten stammt aus dem europäischen Ausland. Unangefochtener Spitzenreiter sind junge Menschen mit türkischen Wurzeln, mit bereits großem Abstand folgen Kroaten, Italiener und Griechen (Grafik).

Diese Jugendlichen studieren sogar häufiger als ihre Altersgenossen deutscher Herkunft, wie eine Studie des Deutschen Akademischen Austauschdienstes ergab – obwohl Kinder aus Migrantenfamilien deutlich seltener ein Gymnasium besuchen. So stagniert der Anteil der ausländischen Kinder an den deutschen Gymnasien seit langem schon bei mageren 4 Prozent.

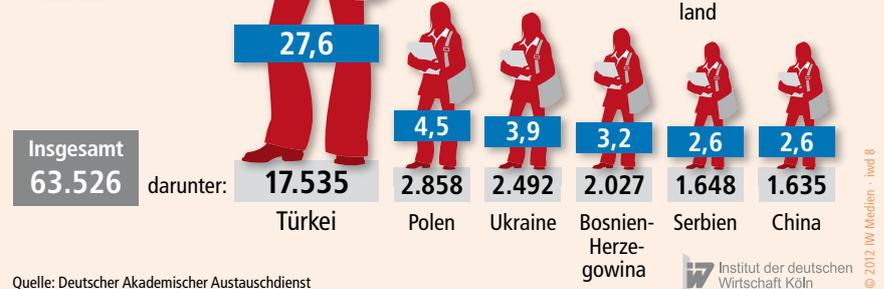
Im Jahr 2009 erwarben lediglich 13 Prozent aller ausländischen Schulabgänger die Hochschulreife; bei den deutschen Schulabgängern waren es fast dreimal so viele.

Wer das Abi geschafft hat, möchte auch die Früchte seiner Arbeit ernten – für 80 Prozent der Bildungsinländer sind gute Verdienstmöglichkeiten der wichtigste Grund, sich für ein Studium zu entscheiden. Für die Deutschen dagegen sind eher die

Bildungsinländer: Die meisten sind Türken

Ausländische Studenten mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung, die im Jahr 2010 an Hochschulen in Deutschland studierten

■ in Prozent aller Bildungsinländer



eigenen Neigungen und Begabungen ausschlaggebend; Verdienstmöglichkeiten und das Ansehen des Jobs rangieren bei ihnen weiter hinten.

Häufiger als ihre deutschen Kommilitonen studieren Bildungsinländer an einer Fachhochschule. Nahezu jeder zweite Student wählt dort ein mathematisch-naturwissenschaftliches oder ingenieurwissenschaftliches Fach.

An den Universitäten entscheiden sich die Bildungsinländer meist für ein Studium der Rechts-, Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften; beliebt sind auch die Sprach- und Kulturwissenschaften.

Auffallend wenige Bildungsinländer nehmen ein Lehramtsstudium auf. Dabei wären Lehrer mit Migrationshintergrund vor allem für ausländische Schüler von Vorteil. Denn die Lehrkräfte sind ein Beispiel dafür, dass Integration gelingen kann. Nicht zuletzt verstehen sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen sowohl die Probleme der Schüler als auch die der Eltern.

Die hohe Studierneigung der Bildungsinländer ist die eine Sache – eine ganz andere, wie viele es tat-

sächlich bis zum Abschluss durchhalten – und da sieht es leider nicht mehr so gut aus:

Bezogen auf die Absolventen des Jahres 2008 brachen 41 Prozent der Bildungsinländer ihr Studium ab; bei den deutschen Studenten sind es 24 Prozent.

Die hohe Abbrecherquote hat verschiedene Gründe:

- Viele der heutigen Bildungsinländer sind in ihren Familien die Ersten, die studieren. Für die Jugendlichen ist das zwar eine große Chance, aber auch eine schwere Last: Ihre Eltern können ihnen mangels eigener Erfahrungen und Geld weder bei der Studienorientierung helfen noch finanziell genügend unter die Arme greifen. So müssen viele ihr Studium selbst finanzieren.
- Viele Bildungsinländer klagen auch über Sprachprobleme an der Uni, tun sich mit der Gestaltung des Studiums schwer und fühlen sich dort nicht richtig integriert. Um sie im akademischen Lehrbetrieb besser zu unterstützen, sollten sie gezielt studienbegleitend gefördert werden. Bis dato gibt es aber kaum passende Angebote.

Seoul punktet

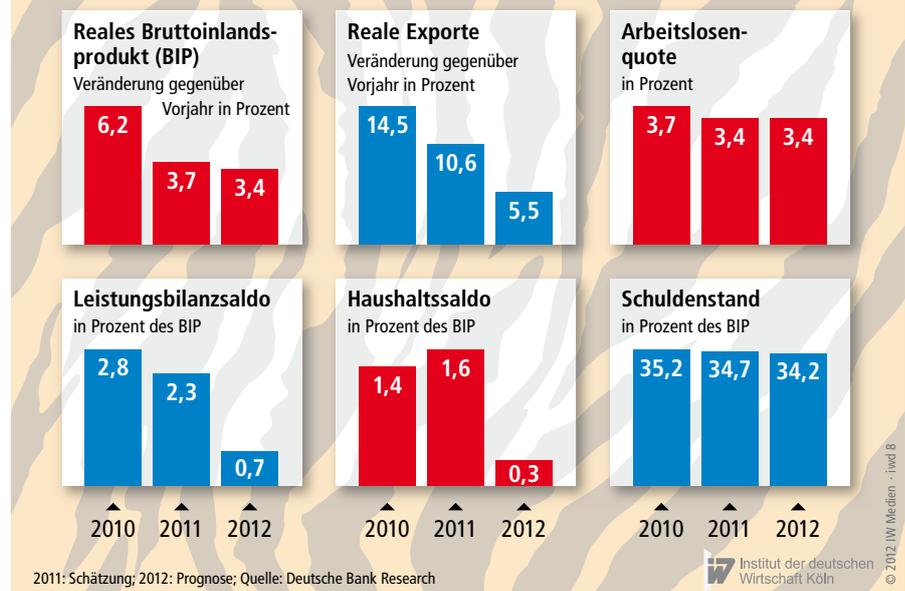
Südkorea. Der Tigerstaat hat in den vergangenen Jahren beachtliche Wachstumsraten verbucht und glänzt mit Außenhandelsüberschüssen sowie soliden Staatsfinanzen.

Vor wenigen Jahrzehnten wurde Südkorea noch als Entwicklungsland belächelt. Nun erwirtschaftete es 2010 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von gut 1 Billion Dollar und belegte damit bereits Rang zehn auf der Liste der größten Wirtschaftsnationen. Das kaufkraftbereinigte BIP je Einwohner erreichte zuletzt rund 30.000 Dollar – etwa 80 Prozent des deutschen Werts. Selbst die internationale Konjunkturschwäche wirkt sich milde aus (Grafik):

Das reale Bruttoinlandsprodukt Südkoreas wird 2012 immerhin um 3,4 Prozent zulegen.

Für 2013 lassen Prognosen sogar wieder ein Plus von mehr als 4 Prozent erwarten. Die wichtigsten Erfolgspfeiler:

Südkorea: Der Tiger bleibt stark



Außenwirtschaft. Unternehmen wie Samsung und Hyundai sind global erfolgreich – die realen Exportzuwächse Südkoreas beliefen sich von 2000 bis 2010 im Jahresschnitt auf gut 9 Prozent. Die Überschüsse aus dem Außenhandel haben es dem Land ermöglicht, Währungsreserven von mehr als 300 Milliarden Dollar aufzubauen.

Investitionen. Um die Wirtschaft voranzutreiben, geben die Unternehmen und der Staat viel Geld aus:

Im Jahr 2010 betrug die Investitionen gut 29 Prozent des BIP – das war die höchste Quote aller Industrieländer.

Dass die Investitionen in neue Produktionsanlagen in diesem Jahr wohl lediglich um rund 3 Prozent steigen werden, liegt vor allem am Bausektor – doch selbst diese Schwä-

chephase im Tigerstaat dürfte bald vorbei sein.

Staatsfinanzen. Die Regierung in Seoul weist solide Finanzen vor – der Staatshaushalt verbucht seit Jahren einen Überschuss, und mit 35 Prozent des BIP ist auch der Schuldenstand ausgesprochen niedrig.

Allerdings ist das Land für ausländische Firmen recht schwer zugänglich – die Direktinvestitionen betragen zwischen 2000 und 2010 insgesamt 67 Milliarden Dollar. Frankreich etwa, das ähnlich viele Einwohner hat, zog im selben Zeitraum gut 600 Milliarden Dollar an. Mehr Investitionen aus dem Ausland würden neue Technologien nach Südkorea bringen und den Produktivitätsfortschritt beschleunigen.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwvd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.